

Stierle, Michael Harold

**Article — Digitized Version**

## Deutschland hat ein Standortproblem: Eine Replik

Wirtschaftsdienst

*Suggested Citation:* Stierle, Michael Harold (1997) : Deutschland hat ein Standortproblem: Eine Replik, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Nomos, Baden-Baden, Vol. 77, Iss. 12, pp. 709-713

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/137567>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

Michael Harold Stierle

## Deutschland hat ein Standortproblem – eine Replik

*In der Juli-Ausgabe des WIRTSCHAFTSDIENST veröffentlichten wir einen Aufsatz von Professor Renate Neubäumer mit dem Titel „Hat Westdeutschland ein Standortproblem?“. Hierzu eine Replik von Michael Harold Stierle und anschließend eine Erwiderung von Renate Neubäumer. Mit einer abschließenden Erwiderung von Michael Harold Stierle beenden wir diese Debatte um die Standortproblematik (West-)Deutschlands.*

In der Standortdebatte wird von einigen Autoren immer wieder versucht darzulegen, daß Deutschland kein Standortproblem hat. Dies gilt auch für den Artikel von R. Neubäumer in der Juli-Ausgabe dieser Zeitschrift<sup>1</sup>. Die Indikatoren und Begründungen, welche sie zur Untermauerung dieser These verwendet, sind jedoch kritisch zu hinterfragen. Im folgenden werden daher ihre Argumentationen anhand der Standortfaktoren Staatsquote, Steuerquote und Lohnstückkosten, der Investitionsdaten und des Pro-Kopf-Einkommens ebenso diskutiert wie ihre darauf aufbauenden Anmerkungen zu den „ungeklärten Verteilungsfragen“.

### Ausgewählte Standortfaktoren

R. Neubäumer wählt für ihre Argumentation als Standortfaktoren verschiedene Indikatoren der Eingriffsintensität des Staates sowie die Lohnstückkosten. Inwieweit diese Auswahl aus der Vielzahl der in der Diskussion befindlichen Standortfaktoren repräsentativ ist und eine Aussage über das Vorliegen eines Standortproblems erlauben, sei hier nicht diskutiert, da eine abschließende Auswahl und Bewertung der verschiedensten Standortfaktoren nicht möglich ist<sup>2</sup>. Aber auch die auf diese beiden Standortfaktoren bezogene Argumentation der Autorin muß relativiert werden.

Als Indikatoren für Staatseingriffe wählt R. Neubäumer die allgemeine Staatsquote und die gesamtwirtschaftliche Steuerquote. Sie argumentiert, diese Quoten seien in den 80er Jahren gesunken und wären ohne die aufgrund der Wiedervereinigung getroffenen wirtschaftspolitischen Maßnahmen weiter gesunken bzw. zumindest nicht wieder angestiegen.

Dies mag so sein, ist jedoch eine hypothetische Argumentation und hilft nicht weiter: Tatsächlich hat die Wiedervereinigung stattgefunden, und tatsächlich haben die damit verbundenen Lasten die genannten Quoten hochgetrieben. Deutschland gehört somit zu jenen Ländern, die im Vergleich mit den anderen großen Industrieländern überdurchschnittliche Staatsausgaben- und Abgabenquoten aufweisen, wie die Abbildungen 1 und 2 verdeutlichen<sup>3</sup>.

Die von R. Neubäumer gegebene Begründung für dieses Abschneiden ist für die Position im internationalen Standortwettbewerb nicht entscheidend. Bei Standortentscheidungen für unternehmerische Investitionen werden die Belastung durch Steuern sowie als Gegenpart die Bereitstellung von Gütern durch die öffentliche Hand in die Betrachtung einbezogen.

---

*Michael Harold Stierle, 27, Dipl.-Volkswirt, ist Forschungsreferent am Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung bei der Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer.*

<sup>1</sup> Renate Neubäumer: Hat Westdeutschland ein Standortproblem?, in: WIRTSCHAFTSDIENST, 77. Jg. (1997), H. 7, S. 408 ff.

<sup>2</sup> Zum Versuch, den Einfluß einiger Standortfaktoren auf die Direktinvestitionen zu quantifizieren, vgl. Deutsche Bundesbank: Entwicklung und Bestimmungsgründe grenzüberschreitender Direktinvestitionen; in: Monatsbericht August 1997, S. 63-82.

<sup>3</sup> Da die gesamtwirtschaftliche Steuerquote aufgrund der unterschiedlichen Finanzierungsmodi der sozialen Sicherungssysteme international nicht vergleichbar ist, wurde sie hier durch die Abgabenquote ersetzt.

Dabei ist es aus Sicht multinationaler Unternehmen wenig relevant, ob diese Abgaben aufgrund der deutschen Wiedervereinigung zu zahlen sind oder aufgrund anderer Faktoren. Da ein Großteil der öffentlichen Transfers nach Ostdeutschland konsumtiv verwendet wird und somit für die Unternehmen keine entsprechenden Gegenleistungen für die überdurchschnittlichen Abgaben bereitgestellt werden, sind die aufgezeigten Entwicklungen dieser Quoten sicherlich nicht als Verbesserung im Standortwettbewerb zu werten.

**Arbeitskosten und Wechselkurse**

Bezüglich der Arbeitskosten argumentiert die Autorin durchaus zutreffend, daß die nominalen Arbeitskosten alleine keinerlei Aussagewert als Standortfaktor besitzen, diese vielmehr in Relation zur Arbeitsproduktivität gesehen werden müssen. Die Arbeitsproduktivität ist, nicht zuletzt aufgrund der relativ hohen Qualifikation der Arbeitskräfte, im internationalen Vergleich in Deutschland recht hoch.

Für die hohe Arbeitsproduktivität gibt es jedoch auch weitere Erklärungen, die sich allerdings nicht gegenseitig ausschließen, sondern eher ergänzend zu sehen sind. So kann eine überdurchschnittliche Produktivität auch auf überhöhte Löhne und Lohnnebenkosten zurückgeführt werden: Knappheitswidrige Arbeitskosten zwingen die Unternehmen zur Rationalisierung, d. h. zu Entlassungen, wodurch die durchschnittliche Kapitalausstattung pro (verbleibendem) Arbeitsplatz und damit auch die Produktivität steigt („Entlassungsproduktivität“)<sup>4</sup>. Die Situation auf dem Arbeitsmarkt ist folglich mit in die Analyse einzubeziehen.

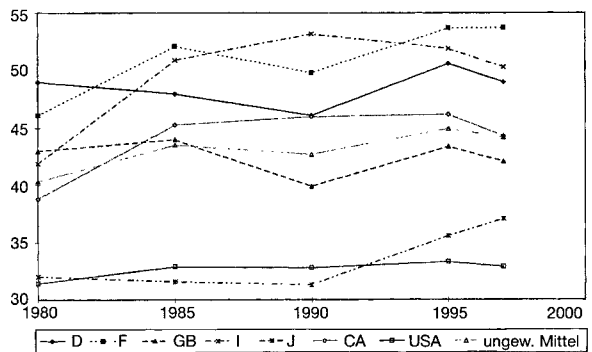
Hinzu kommt, daß auch die höhere Qualifikation, die zu einer höheren Produktivität führt, keine hinreichende Begründung für eine gute Position im Wettbewerb der Standorte ist, wenn die Lohn- und Lohnnebenkosten derart hoch sind, daß die Lohnstückkosten im internationalen Vergleich über der Konkurrenz liegen. Es ist somit zentral, die Arbeitskosten bzw. deren Entwicklung nicht nur mit der Produktivität bzw. ihrer Entwicklung im Inland zu vergleichen, vielmehr müssen die Konkurrenten im Standortwettbewerb mit in die Untersuchung einbezogen werden.

Diesen Schritt unternimmt die Autorin, bedient sich dabei allerdings eines unzulässigen Vergleichs, der in

der Literatur erstaunlicherweise oft zu finden ist: Sie vergleicht die Entwicklung der Lohnstückkosten jeweils in nationaler Währung. Derartige Vergleiche erlauben lediglich eine Aussage darüber, inwieweit die nationale Lohnpolitik zur Verbesserung oder Verschlechterung der internationalen preislichen Wettbewerbsfähigkeit beigetragen hat und welcher Einfluß von der Wechselkursentwicklung ausging. Sie erlauben aber keine komparative Beurteilung der Standortvor- und -nachteile<sup>5</sup>. Denn nach wie vor gilt:

**Abbildung 1**  
**Staatsausgabenquote in den G7-Staaten**

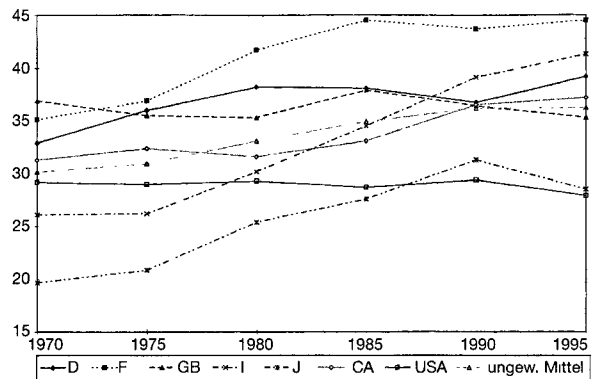
(Staatsausgaben in % des BSP, 1980 – 1997)



Quelle: Bundesministerium der Finanzen: Finanzbericht 1997. Die volkswirtschaftlichen Grundlagen und die wichtigsten finanzwirtschaftlichen Probleme des Bundeshaushaltsplanes für das Haushaltsjahr 1997, S. 344.

**Abbildung 2**  
**Abgabenquoten in den G7-Staaten\***

(1970 bis 1995)



\* Steuern und Sozialabgaben nach den Abgrenzungsmerkmalen der OECD in % des BSP.

Quellen: Bundesministerium der Finanzen: Finanzbericht 1997. Die volkswirtschaftlichen Grundlagen und die wichtigsten finanzwirtschaftlichen Probleme des Bundeshaushaltsplanes für das Haushaltsjahr 1997, S. 345; sowie OECD: Revenue Statistics 1965 bis 1996, Paris 1997, S. 75.

<sup>4</sup> Vgl. hierzu auch E. Knappe, L. Funk: Irritationen über den Zusammenhang zwischen Arbeitsproduktivität und Beschäftigung; in: List Forum, Heft 1, 1997, S. 65-81.

„In international competition, of course, what matters for a U.S. firm are the costs of its overseas rivals measured in dollars, not marks or yen.“<sup>6</sup> Die in D-Mark gerechneten niedrigen Lohnabschlüsse in Deutschland in den letzten Jahren sind daher keine Garantie für eine gute Position im internationalen Standortwettbewerb, vielmehr wurden diese durch die Aufwertung der D-Mark zunichte gemacht. Allerdings verringerten die jüngsten Wechselkursentwicklungen diesen Störfaktor tendenziell.

Hierbei ist anzumerken, daß durchaus ein Zusammenhang zwischen Entwicklung der Arbeitskosten und der Wechselkurse besteht. Die Wechselkurse, die sich langfristig an den sogenannten Fundamentalfaktoren orientieren, gleichen nach der Kaufkraftparitätentheorie in ihrer relativen Version tendenziell die unterschiedlichen Entwicklungen der nationalen Preise und Kosten aus. Dabei ist jedoch zu beachten, daß sich diese Argumentation auf das gesamte Kostenniveau bezieht, der Wechselkurs aber nicht im allokativen Sinne falsche Preisstrukturen, d. h. Faktorpreisrelationen im Sinne des Verhältnisses zwischen Zins und Lohn, ausgleichen kann. Somit kann es durchaus sein, daß eine zurückhaltende Lohnpolitik zwar nicht direkt die Position einer Volkswirtschaft im internationalen Standortwettbewerb stärkt, aber zur Entlastung auf dem nationalen Arbeitsmarkt beiträgt. Dergestalt ist R. Neubäumers Anmerkung, der „Preis“ für das Beschäftigungswunder der USA seien die geringen Lohnabschlüsse, sicherlich richtig<sup>7</sup>. Dies kann angesichts der Tatsache, daß das derzeit in der deutschen Volkswirtschaft drängendste Problem die Massenarbeitslosigkeit darstellt, als Forderung nach einer zurückhaltenden

Lohnpolitik verstanden werden, die auch eine stärkere Spreizung der Lohnstruktur zuläßt.

#### Bewertung anhand von Investitionsdaten

Da, wie angemerkt, eine abschließende Auswahl und Bewertung der verschiedensten Standortfaktoren nicht möglich ist, wird in der Literatur zur Bewertung der Standortqualität oft auf das Verhalten der Investoren zurückgegriffen. Dabei steht zumeist die Betrachtung der Direktinvestitionsströme bzw. die Veränderung der Bestände der Direktinvestitionen im Mittelpunkt. Diese Untersuchungen kommen für Deutschland zu keinem positiven Ergebnis.

Die Autorin versucht diese Aussagen zum einen dahingehend zu relativieren, daß die empirische Erhebung der zugrundeliegenden Daten problematisch ist. Dies ist zwar durchaus richtig<sup>8</sup>, allerdings weist Deutschland nach allen Untersuchungen, unabhängig von der gewählten Erfassung der Direktinvestitionen, einen negativen und zum Teil sich weiter passivierenden Saldo auf.

Zum anderen verweist sie darauf, daß unter den verschiedenen Motiven für Direktinvestitionen das Absatzmotiv im Vordergrund steht. Ganz abgesehen davon, daß derartige Untersuchungen mit großer Vorsicht zu deuten sind<sup>9</sup>, sollten jedoch die neueren Studien nicht unerwähnt bleiben, die zu dem Ergebnis kommen, daß das Kostenmotiv an Bedeutung gewinnt<sup>10</sup>. Hinzu kommt, daß das für den Zugang zum deutschen Markt niedrige Niveau an Handelsschranken sowie die hiesige Kapitalstruktur, die eine hohe Konzentration in Händen institutioneller Anleger aufweist, eventuell niedrigere Zuflüsse bzw. Bestände ausländischer Direktinvestitionen in Deutschland begründen können. Nicht begründen können sie jedoch die zu beobachtenden Verschlechterungen bei diesen Indikatoren. Zu bedenken ist dabei auch, daß, wenn das Absatzmotiv wirklich vorherrscht, der große deutsche Markt, der durch die Wiedervereinigung weiter

<sup>6</sup> Vgl. hierzu beispielsweise H. Trabold: Die internationale Wettbewerbsfähigkeit einer Volkswirtschaft; in: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Vierteljahreshefte zur Wirtschaftsforschung, Heft 2, 1995, S. 173; oder Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung: Jahresgutachten 1996/97: Reformen voranbringen, Stuttgart 1997, S. 203 f.

<sup>7</sup> P. Krugman: Competitiveness: A Dangerous Obsession; in: Foreign Affairs, Heft 2, 1994, S. 38.

<sup>8</sup> Diesbezüglich ist anzumerken, daß entgegen einer lange Zeit mehrheitlich vertretenen Ansicht in den USA nicht nur „schlechte“ Arbeitsplätze geschaffen wurden. Zudem ist (im Gegensatz zu Deutschland) kennzeichnend für die USA, daß die Arbeitslosigkeit im längerfristigen Trend nicht ansteigt und der Anteil der Langzeitarbeitslosen nicht zunimmt; vgl. hierzu A. H. Meltzer: Welfare State Unemployment: A Comment; in: The Federal Reserve Bank of Kansas City: Reducing Unemployment: Current Issues and Policy Options, Jackson Hole 1994, S. 165 f.

<sup>9</sup> Vgl. zu den empirischen Problemen beispielsweise Th. Jost: Direktinvestitionen und Standort Deutschland, Volkswirtschaftliche Forschungsgruppe der Deutschen Bundesbank, Diskussionspapier 2/1997, Frankfurt 1997; oder Deutsche Bundesbank: Zur Problematik internationaler Vergleiche von Direktinvestitionsströmen, in Monatsbericht Mai 1997, S. 79 - 86.

<sup>9</sup> Zu beachten sind hier zum einen die stark abweichenden Erhebungsmethoden der Umfrageergebnisse, zum anderen daß Absatz- und Kostenmotive getrennt erfaßt werden und somit ein direkter Vergleich nicht möglich ist. Dies gilt zum Beispiel für die jüngste Umfrage des DIHT (Deutscher Industrie- und Handelstag, Abteilung Volkswirtschaft: Produktionsverlagerung als Element der Auslandsinvestitionen: Ergebnisse einer Unternehmensbefragung im Herbst 1996, Bonn, Dezember 1996).

<sup>10</sup> Vgl. hierzu beispielsweise P. Hardock: Produktionsverlagerungen von Unternehmen des Maschinen- und Anlagenbaus ins Ausland, Kurzfassung der Ergebnisse einer Studie im Auftrag des VDMA, Universität Mannheim, Juni 1997, S. 23; oder F. Kaufmann, A. Menke: Standortverlagerungen mittelständischer Unternehmen nach Mittel- und Osteuropa - Eine empirische Untersuchung am Beispiel der vier Visegrád-Staaten, Institut für Mittelstandsforschung (Hrsg.): Schriften zur Mittelstandsforschung, N.F., Nr. 74, Stuttgart 1997, S. 103.

gewachsen ist, eigentlich einen stimulierenden Grund für höhere Zuflüsse von ausländischen Direktinvestitionen nach Deutschland hätte darstellen müssen.

Die Untersuchungen zur Standortqualität anhand der Daten der Direktinvestitionen sind, wie R. Neubäumer richtig herausstellt, auch aufgrund eines weiteren Argumentes kritisch zu hinterfragen: Als Kriterium für die Standortqualität sind weniger allein die Direktinvestitionen, sondern vielmehr die gesamten Investitionen in einer Volkswirtschaft von Relevanz<sup>11</sup>. Anhand der von der Autorin gelieferten Daten wird deutlich, daß Deutschland bei Betrachtung dieses Indikators in das gute Mittelfeld der Industrieländer einzuordnen ist<sup>12</sup>. Allerdings nimmt sich die deutsche Investitionsquote von etwas mehr als 20% beispielsweise gegen die Quoten Japans mit ca. 30% sowie der aufstrebenden Volkswirtschaften aus dem asiatisch-pazifischen Raum, die meist 30 bis 40% betragen und zum Teil noch darüber liegen, bescheiden aus<sup>13</sup>.

Unverständlich ist hier auch der Hinweis darauf, daß trotz des Zusammenhangs zwischen der Investi-

tionsneigung und der Arbeitslosigkeit kein Standortproblem vorliege. Offenbar ist, wie auch im Beitrag ausgeführt, die Investitionsneigung in Deutschland nicht hoch genug, um beim gegebenen Lohnniveau die Arbeitslosigkeit zu beseitigen. Der Verweis darauf, daß es in anderen Ländern schlimmer ist, kann aber nicht über die hohe Arbeitslosigkeit in Deutschland hinwegtäuschen. Dies gilt insbesondere, da – wie Tabelle 1 verdeutlicht – nach den von der Autorin angesprochenen Zahlen Deutschland zwar noch besser liegt als der kaum als zufriedenstellend anzusehende EU-Durchschnitt, im OECD-Vergleich aber schlechter abschneidet als der Durchschnitt. Die Arbeitslosigkeit ist somit zwar kein spezifisches Standortproblem Deutschlands, aber eben ein Standortproblem!

### Bewertung anhand des Pro-Kopf-Einkommens

R. Neubäumer ist voll zuzustimmen, die Bewertung des Standortes anhand eines internationalen Vergleichs der durchschnittlichen Pro-Kopf-Einkommen vorzunehmen, da dies, trotz zahlreicher Probleme<sup>14</sup>, das derzeit beste zur Verfügung stehende Maß für die internationale Wettbewerbsfähigkeit einer Volkswirtschaft ist<sup>15</sup>. Die Zahlen der Autorin – obgleich kein internationaler Vergleich vorgenommen wird – verdeutlichen geradezu das Standortproblem: Das reale BIP je Kopf erreichte in Westdeutschland erst 1995 wieder das Niveau von 1989. Die hypothetischen Berechnungen – was wäre gewesen, wenn die Wiederver-

**Tabelle 1**  
**Standardisierte Arbeitslosenquoten 1996**

Länder/Ländergruppen	%
Deutschland	9,0
EU-Durchschnitt	10,9
OECD-Durchschnitt	7,6
G7-Durchschnitt	6,8

Quelle: OECD: Quarterly Labour Force Statistics, Nr. 2, 1997, S. 96.

**Tabelle 2**  
**BSP pro Kopf in ausgewählten Ländern 1995**  
(in US-\$)

Länder	US-\$
Japan	39 640
Deutschland	27 510
USA	26 980
Frankreich	24 990
Kanada	19 380
Italien	19 020
Großbritannien	18 700
Luxemburg	41 210
Schweiz	40 630
Norwegen	31 250
Dänemark	29 890
Singapur	26 730
Hongkong*	22 990

\* BIP pro Kopf.

Quelle: Weltbank: World Development Report 1997: The State in a Changing World, Washington 1997, S. 215 und 248.

<sup>11</sup> Vgl. hierzu beispielsweise H. Klodt, J. Stehn u. a.: Standort Deutschland: Strukturelle Herausforderungen im neuen Europa, Kieler Studien 265, Tübingen 1994, S. 17 f.

<sup>12</sup> Am Rande sei darauf hingewiesen, daß die Anmerkung, die nach wie vor hohen Korrelationen zwischen gesamtwirtschaftlichen Spar- und Investitionsquoten, das sogenannte Feldstein-Horioka-Rätsel, deutet auf Unvollkommenheiten auf den internationalen Finanzmärkten hin, nicht ganz zutreffend ist. Zur Darstellung dieser These vgl. M. Feldstein, C. Horioka: Domestic Saving and International Capital Flows; in: The Economic Journal, Heft 2, 1980, S. 314 - 329. Eine kritische Auseinandersetzung mit dieser These findet sich beispielsweise in J. A. Frankel: Measuring International Capital Mobility: A Review; in: The American Economic Review, Heft 2, 1992, S. 198; und M. Obstfeld: International Capital Mobility in the 1990s, Centre for Economic Policy Research: Discussion Paper Nr. 902, Februar 1994, S. 53-61.

<sup>13</sup> Weltbank: Weltentwicklungsbericht, Washington D.C., verschiedene Jahrgänge.

<sup>14</sup> Zu nennen ist insbesondere, daß das BSP keine vollständige Erfassung der Wohlfahrt gewährleistet. Allerdings stehen keine besseren Alternativen zur Verfügung. Vgl. hierzu E.-S. El-Shagi: Begriff und Messung der sozio-ökonomischen Entwicklung, in: K. Ringer, E.-A. v. Renesse, C. Uhlig (Hrsg.): Perspektiven der Entwicklungspolitik, Bochumer Schriften zur Entwicklungsforschung und Entwicklungspolitik, Band 21, Tübingen 1981, S. 130-158.

<sup>15</sup> Vgl. hierzu exemplarisch H. Klodt, K.-D. Schmidt u.a.: Weltwirtschaftlicher Strukturwandel und Standortwettbewerb. Die deutsche Wirtschaft auf dem Prüfstand, Kieler Studien 228, Tübingen 1989, S. 5 f.

einigung nicht stattgefunden hätte – sind dabei wiederum aus den bereits genannten Gründen nicht von Relevanz, da sie an diesem Faktum nichts zu ändern vermögen.

Wird ein internationaler Vergleich der Entwicklung des BSP pro Kopf vorgenommen, fällt auf, daß Deutschland während der 80er Jahre etwas an Boden verloren hat. In den 90er Jahren verschlechterte sich die deutsche Position zwar nicht weiter, konnte aber nicht wieder verbessert werden. Ähnlich fällt das Bild aus, wenn die jährlichen Wachstumsraten des BIP verglichen werden. Nimmt man zusätzlich die aufstrebenden Volkswirtschaften Asiens mit ins Bild, deren Wachstumsraten zwischen 5 und 10% liegen, im Falle Chinas gar darüber, wird klar, warum diese Länder beginnen, von den Industrieländern im Sinne der „newly declining countries“ zu sprechen. So scheint es nur eine Frage der Zeit, bis Hongkong und Singapur höhere Pro-Kopf-Einkommen als Deutschland erzielen.

### Die ungeklärten Verteilungsfragen

Am Ende ihres Artikels kommt R. Neubäumer auf ungeklärte Verteilungsfragen zu sprechen. Auf distributive Fragen sind kaum abschließende Antworten zu finden, da dies eine intersubjektive Übereinstimmung voraussetzte, die kaum erzielbar ist. Die von der Autorin gestellten Fragen sind jedoch sicherlich berechtigt. Es gilt dabei folgendes zu bedenken:

In Deutschland ist in diesem Jahr ein Niveau der Arbeitslosigkeit zu verzeichnen, das seit Überwindung der Probleme der unmittelbaren Nachkriegszeit in der Geschichte der Bundesrepublik unerreicht ist. Die Zahl der offiziellen Arbeitslosen wird im Jahresdurchschnitt über 4,3 Mill., die Arbeitslosenquote über 11% liegen. Dabei ist zu berücksichtigen, daß dies nicht die gesamte Arbeitsplatzlücke darstellt. Diese umfaßt neben den registrierten Arbeitslosen jene Personen, die zur Stillen Reserve im engeren Sinne zu zählen sind, sowie jene, die durch Entlastungseffekte der verschiedensten staatlichen arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen nicht in die offiziellen Arbeitslosenstatistik eingehen. Bereits 1996 umfaßte dieses gesamte Defizit an Arbeitsplätzen 7,7 Mill. Personen<sup>16</sup>. Die Zahl für 1997 wird vermutlich noch darüber liegen.

Unbestritten dürfte sein, daß die Sozialabgaben als Lohnnebenkosten aufgrund ihres – ebenfalls niemals

zuvor erreichten – Niveaus von über 40% des Brutto-  
lohnes ein erhebliches Einstellungshemmnis bilden. Hinzu kommen die über Steuern finanzierten Sozialausgaben, die den größten Teil des Bundeshaushaltes darstellen<sup>17</sup>.

Die Frage, inwieweit der Staat angesichts dieser Tatsachen noch stärker in die primäre Einkommensverteilung eingreifen sollte, ist folglich durchaus angebracht. Dies gilt um so mehr, als zwischen Verteilungs- und Wachstumsziel nicht zwangsläufig ein Trade-off bestehen muß<sup>18</sup>. Vielmehr könnte eine Verringerung der staatlichen Umverteilungsmaßnahmen durch die damit ausgelösten Wachstumsimpulse dazu beitragen, daß alle ein „größeres Kuchenstück“ bekommen, da der Kuchen größer wird – auch wenn dadurch die Einkommensverteilung vermutlich nicht egalitärer wird.

### Fazit

Als Schlußfolgerung läßt sich festhalten, daß die internationale Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands, gemessen am Pro-Kopf-Einkommen und an den gesamtwirtschaftlichen Wachstumsraten, im internationalen Vergleich nicht zur Weltspitze gehört. Der Vergleich mit den Ländern des asiatisch-pazifischen Raums zeigt zudem die Möglichkeiten auf, die in den letzten Jahren (nicht nur) hierzulande ungenutzt blieben. Das gleiche Bild ergibt sich anhand des internationalen Vergleichs der Investitionsquoten. Noch bedenklicher erscheint die Lage bei Analyse der Standortfaktoren Staatsquote bzw. gesamtwirtschaftliche Steuerquote und Lohnstückkosten sowie der Direktinvestitionsdaten.

Entsprechend ist es die gemeinsame Aufgabe von Wirtschaft, Politik und Gesellschaft, für eine Verbesserung der deutschen Position im internationalen Standortwettbewerb zu sorgen. Durch eine Beseitigung der gegebenen Standortnachteile in Deutschland wäre es möglich, sowohl die Investitionsquote, das Wachstum als auch die Beschäftigung positiv zu beeinflussen. Ob dies durch eine noch intensivere Umverteilungspolitik erreicht werden kann, darf bezweifelt werden. Dies gilt um so mehr angesichts der Einengung der wirtschaftspolitischen Handlungsspielräume durch die Verstärkung der Globalisierungstendenzen und des dadurch verschärften internationalen Standortwettbewerbs.

<sup>16</sup> Institut für Arbeitsmarkt und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit.

<sup>17</sup> Bundesministerium der Finanzen, a. a. O., S. 78.

<sup>18</sup> Vgl. hierzu beispielsweise R. Fehn, E. Thode: Globalisierung der Märkte – Verarmen die gering qualifizierten Arbeitnehmer?; in: Wirtschaftswissenschaftliches Studium, Heft 8, 1997, S. 401-403.